

## **KLEINE ANFRAGE**

**der Abgeordneten Jacqueline Bernhardt, Fraktion DIE LINKE**

**Zusätzliche Richterstellen**

**und**

## **ANTWORT**

**der Landesregierung**

Am 16. Mai 2018 teilte Ministerpräsidentin Schwesig die Ergebnisse von Verhandlungen des Koalitionsausschusses mit. Nach diesen sollen in der Justiz 23 zusätzliche Stellen für Richter und Staatsanwälte geschaffen werden.

1. Ab wann genau sollen diese zusätzlichen Stellen eingerichtet werden?

Die zusätzlichen Stellen sollen nach der Vorstellung der Landesregierung zum 1. Januar 2019 eingerichtet werden.

2. Erfolgt ihre Einrichtung gleichzeitig oder gestaffelt?

Die Einrichtung soll nach der Vorstellung der Landesregierung gleichzeitig erfolgen.

3. In welchen Bereichen sollen die zusätzlichen Stellen eingesetzt werden (bitte detailliert darlegen und erläutern)?

Eine Zuweisung der Stellen kann erst unter Zugrundelegung der bei Einrichtung aktuellen Belastungszahlen erfolgen.

4. Welche neu eingetretenen Gründe sind nach Einschätzung der Landesregierung die Ursache für die Schaffung neuer Personalstellen in der Justiz, nachdem diese in den Haushaltsberatungen zum Doppelhaushalt 2018/2019 von den Koalitionsfraktionen noch abgelehnt wurden?

Der Koalitionsausschuss hat in Anbetracht des gestiegenen Sicherheitsbedürfnisses der Bevölkerung am 16. Mai 2018 beschlossen, jährlich 15 Millionen Euro zusätzlich in die Landespolizei und die Justiz zu investieren (sogenannter Pakt für Sicherheit).

5. Ist geplant, die Personalstellen bei Richtern und Staatsanwälten künftig noch weiter aufzustocken?

Aktuell gibt es keine Planungen hinsichtlich einer weiteren Aufstockung.

6. Inwieweit werden auch entsprechende Stellen im nachgeordneten Dienst geschaffen?

Die Landesregierung hat im sogenannten Pakt für Sicherheit keine zusätzlichen Stellen im nachgeordneten Dienst vorgesehen.